

Guatemala Stadt – Ende Juni 2018

Notizen eines deutschen Anwalts in

Guatemala (36)

Sah es im Mai noch danach aus, dass der „Pakt der Korrupten“ gestärkt aus der aktuellen Konjunktur hervorgeht, ist das im Juni nicht ganz so klar. Jimmys totale Unfähigkeit, dem Land in Zeiten der Tragödie Stütze zu sein und sein unendlicher Zynismus waren DIE Momentaufnahmen dieses Monats. Dazu bewies die Krise, dass Experten, die es im öffentlichen Dienst durchaus gab, zu Gunsten von Verwandten und Freunden anderer Funktionsträger verdrängt wurden und das Land jeder Katastrophe hilflos ausgeliefert ist. Auf der Strasse herrschen Schimpfwörter und Verachtung für Jimmy vor.

Am 1. Juni bricht der Fuego, ein aktiver Vulkan, aus. Er brachte einen angekündigten Tod. Dörfer wie „El Rodeo“ oder „San Miguel Las Lotes“¹ lebten ständig bedroht in seinen Gebirgsfalten; jede Ansiedlung dort forderte den Tod heraus, aber die Menschen haben keine Alternativen und dem „Staat“ ist es völlig egal. Zuerst dachten wir, Jimmy würde die Tragödie zu nutzen wissen, um seinen Ruf aufzupäppeln; aber nicht mal dazu reicht es bei ihm.

Dann die von Trump gewollte humanitäre Katastrophe in den USA mit der Trennung der Migrantenkinder von ihren Familien, hunderte davon aus Guatemala. Das klägliche Schreien der Kleinkinder zwang Trump zur Rücknahme dieses Teils seines „Null-Toleranz-Dekrets“. An-

ders in Guatemala, wo Jimmy auch dann noch glaubte mit Speichellecken Trumps Wohlwollen und anti-CICIG Zugeständnisse erreichen zu können. Er liess noch erklären, dass er die Aussenpolitik Trumps respektiere, als schon die ganze Welt, Honduras und Salvador eingeschlossen, auf den Barrikaden stand. Seine Aussenministerin legte noch nach, dass die Kinder nicht festgenommen seien, „sondern sich in Herbergen befinden, wo sie die bestmögliche Behandlung bekommen“, während schon längst bekannt war, dass selbst Babies von ihren stillenden Müttern getrennt wurden und Kinder nicht mal Medikamente behalten durften. Als die MigrantInnen in den USA dann Stimmen für die Absetzung der Ministerin sammelten und ehemalige Aussenminister und Botschafter Guatemalas gegen diese „Politik“ protestierten, kochte der Skandal über. Jimmy brachte ein Bauernopfer und entliess seinen Sprecher, der bis dahin noch seine absurdesten Äusserungen verteidigt hatte. Die Wut auf den Strassen war enorm; wieder kursierten Gerüchte von einem ständig betrunkenen Präsidenten, der auch Tabletten und Koks einwirft, weil sein ignorant Volk ihn nicht versteht.

Und dann der nächste Skandal. Am 18.6. schreibt E. Gutiérrez in einer Kolumne, dass Morales über Jahre seine Stellung missbrauchte, um junge Frauen zu Sex zu zwingen: Das Thema hielt sich hartnäckig; alle glaubten dem Artikel, aber Einzelheiten gab es kaum. Noch weiss niemand, wie sich die neue Staatsanwaltschaft in diesem Fall verhalten wird, aber der öffentliche Druck versucht, die aussagewillige Frau von vorneherein zu schützen. „La Hora“ legte nach, dann „Soy 502“, dann „Prensa Libre“ und „Guatavision“. Jetzt war schon von 15 jungen Frauen die Rede, aber nur eine hat bisher Anzeige erstattet: die könnte aber für Jimmy noch zu einem Tsunami werden.

¹ Die Korruption vor dieser Tragödie bräuchte ihre eigene Kolumne. Während der Kaffekrise (2002) wurde den grossen Kaffefarmern für viel Geld ihr jetzt unproduktives Land abgekauft. Dort wurden rückgekehrte Flüchtlinge und andere Bauern angesiedelt. Die Grossgrundbesitzer waren aus dem Schneider und die Gemeinden lebten auf gutem Boden, aber unter höchstem Risiko.

Zurück zum Fuego. Der Kongress versuchte sofort, im Schatten der Tragödie seine Agenda durchzusetzen. Während die Bevölkerung Hilfe für die Opfer sammelt, kommen ein Amnestiegesetz für Kriegsverbrechen, eine drastische Strafreduzierung für illegale Parteienfinanzierung und die Aufhebung des Verbots, nach der Wahl die Partei zu wechseln, voran². Das kommt erst etwas ins Stocken, als bekannt wird, dass die Abgeordnete Vac³ im Jahr 2000 ein nicht existentes Dorf erfunden hatte, um die Asfaltierung der Strasse zu ihrem Hotel und SPA zu Gunsten einer angeblichen „ländlichen Entwicklungspolitik“ aus Steuermitteln zu erreichen.

Sticht man in einen Eitersack, kommt Eiter raus. Das kann gar nicht anders sein. Das System ist verdorben; Politik wird nicht gemacht, es sei denn es geht um Repression oder anti-CICIG Aktionen. Kaum jemand ausser ihren direkten Adepten will diese Regierung noch und es ist schon fast egal, was danach kommt. Korruption, Unfähigkeit und Zynismus legen sich bleiern über Lava und Geröll, die der Vulkan ausstösst und mit denen er den Tod verbirgt. CONRED lügt noch immer von 112 Toten und 192 Vermissten, aber es sind Tausende. Nur in „El Rodeo“ lebten vor dem Ausbruch 2800 Menschen und nur 300 überlebten. Als nach drei Tagen die Suche nach den Toten eingestellt wurde, mieteten Angehörige Bagger, um weiterzusuchen. Der Regierung war das längst egal. Sie begann die Annahme gesammelter Hilfsgüter zu verweigern; sie wollte nur noch Geld und das sollte ausschliesslich über CONRED⁴ und das Militär kanalisiert werden. Niemand zweifelt, dass das nur die Unterschlagung erleichtern soll.

² Jimmy wäre direkter Nutzniesser dieser faktischen Amnestie.

³ Sie kam über UNE und LIDER in Jimmys FCN. Auch ihre Tochter sitzt im Kongress.

⁴ Öffentliche Institution zum Katastrophenschutz; mittlerweile zumindest teilweise militarisiert.

Schon am Tag der Katastrophe wurde deutlich, dass Leben unterschiedlichen Wert haben. Im Notstandsgebiet gab es ein Luxus-Hotel mit dem besten Golfplatz Guatemalas und einer überwältigenden Sicht auf die Vulkane. Bald nach den ersten Warnungen (die erste kam gegen 6 Uhr morgens) begann die Leitung die Evakuierung des Hotels, um 11:45 war sie beendet; das Personal war dafür trainiert worden. 300 Menschen waren dort, niemand wurde verletzt, obwohl Hotel und Golfplatz teilweise zerstört wurden. Dagegen empfahl CONRED noch um 12 Uhr, die Dörfer nicht zu evakuieren; sie wurden ihrem Schicksal schlicht überlassen.

Und es ist nicht nur Unfähigkeit. Wir erleben seit Monaten, dass Ministerien und Behörden militarisiert werden. Überall tauchen Militärs auf, auch in der Krisenbekämpfung. Und es sind immer wieder solche, die selbst in Korruptionskandale oder Fälle von Menschenrechtsverletzungen verwickelt sind; viele sind ehemalige Geheimdienstler. Die, die Morales umgeben, gehören zum schlimmsten Bodensatz und schlagen jetzt zurück. Für sie ist ausgemacht, dass Guatemala kurz davor steht, vom Kommunismus überrollt zu werden; das Kriegsvokabular ist längst wieder präsent. Das Verfassungsgericht, das noch eine gewisse Unabhängigkeit bewahrt und einige positive Entscheidungen⁵ gefällt hat, dient als Beweis dafür. Und die Tatsache, dass gerade mehrere Generäle im Molina Theissen Prozess (Notizen 35) verurteilt wurden, trägt noch zur Radikalisierung bei, was auch die Morde der letzten Woche erklären könnte. 7 Mitglieder von Bauernorganisationen (CODECA und CCDA) wurden umgebracht; einige dieser Morde scheinen aus den 80er Jahren

⁵ Dazu gehören einstweilige Anordnungen gegen Minen, die ohne Volksbefragung betrieben werden genauso wie Urteile, die CICIG und PDH schützten oder solche, die Abgeordneten, die die Partei wechseln, verbieten, bestimmte Funktionen auszuüben.

zu stammen: Den Opfern wurden die Ohren ab- und der Hals durchgeschnitten; sie waren regionale und lokale Köpfe der Bauernbewegung und bis heute ermittelt die Staatsanwaltschaft nicht wirklich. Wir fragen uns, ob diese Taten eine neue Qualität bedeuten, die als Rückkehr zur Logik der Counterinsurgency zu verstehen ist, in der der politische Gegner wieder zum „internen Feind“ erklärt wird. Diese Frage bedarf sicher noch gründlicher Analyse genau wie die, welchen Einfluss die oben beschriebene Logik hierauf hat: Radikalisiert die Schwäche von Morales diese Dynamik noch oder schwächt sie sie eher?

Aktuell muss die Generalstaatsanwältin entscheiden, ob sie die Aufhebung der Immunität von Jimmy wegen illegaler Parteienfinanzierung beantragt. Auch das verschärft die politische Spannung; dreimal hat der Kongress Jimmy in ähnlichen Situationen schon geschützt, diesmal aber haben Unternehmer illegale Zahlungen zugegeben und vor Gericht um „Entschuldigung“ gebeten (Notizen 34); dazu kommt das Risiko eines gleichen Antrages wegen sexuellen Missbrauchs (s.o.).

Und es wird noch komplexer. Das oberste Wahlgericht, auch seiner Mehrheit wird Kommunismus vorgeworfen, hat ein Verfahren zur Suspendierung der Regierungspartei FCN eröffnet; wenn die Gesetzeslage (s.o. Kongressagenda) nicht geändert und die Auflösung der Partei wirklich beschlossen wird, müssten ihre Abgeordneten das Präsidium und die parlamentarischen Kommissionen verlassen. Die Karten im Kongress würden neu gemischt und ihre Abgeordneten kämen nicht mehr an die Tröpfe.

Logischerweise verstärkt diese Konjunktur den Druck auf die unabhängigen RichterInnen. Sie werden ständig von der Supervision „besucht“, von Familienangehörigen der Militärs angezeigt oder von Angeklagten wegen Befangenheit ab-

gelehnt. Der Druck auf den Kessel steigt ständig und die Frage ist, ob es nicht besser wäre, wenn er platzt. Jahrelang haben wir auf die Stärkung öffentlicher Institutionen gesetzt, aber wir könnten jetzt an einem Scheideweg stehen.

Miguel Mörth